

Zur politischen Diskussion

Autor(en): **Trautvetter, Paul**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **42 (1948)**

Heft 4

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-139093>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Wir dürfen sie daraus nicht immer wieder verdrängen lassen, wie das nun seit Jahrzehnten immer wieder geschieht: zuerst durch den ersten Weltkrieg, den die Sozialisten meistens im Geiste jenes Sozialpatriotismus mitkämpften, der sie dann innerlich verdarb und lähmte; dann im Kampf gegen den Faschismus und Nazismus, den die Sozialisten wiederum allzusehr bloß im Stile des liberalen Bürgertums führten, unter Loslösung des Faschismus von seinen sozialen Untergründen und mit dem Ergebnis, daß ein *neuer* Faschismus sein Haupt erhebt; und nun wiederum nach dem zweiten Weltkrieg, da die kapitalistischen Klassen erneut zur Gegenrevolution ansetzen und mit der Losung: «Der Kommunismus ist der Feind!» die Aufmerksamkeit von der Notwendigkeit abzulenken suchen, nun endlich einmal über den menschen- und seelenmörderischen Mammonismus hinauszukommen und eine neue, eine solidaristische, ja sozialistische Ordnung des Gemeinschaftslebens aufzurichten.

Wollen wir ewig am fremden Joche mit den Vertretern der *alten* Ordnungen ziehen? Wir können es ja; es steht nirgends geschrieben, daß die Völker aus ihren Torheiten und Niederlagen lernen *müssen*. Aber dann wollen wir wenigstens klar darüber sein, daß in diesem Falle der kommunistische Totalstaat auch über uns kommen wird – nicht allein als Strafgericht, sondern als diejenige Macht, die die soziale Umwälzung so vollziehen wird, wie es unser Eigensinn und unsere Feigheit verdient haben.

14. April.

Hugo Kramer.

Zur politischen Diskussion

1. Es ist nicht das erste Mal, daß Amerika deshalb der Kriegstreiberei beschuldigt wurde, weil es fand, daß das Zurückweichen vor den Mächten der Aggression und Vergewaltigung nicht gut sei. Die heutigen Führer der amerikanischen Politik können sich mit Wilson und Roosevelt trösten, die seinerseits von den kaiserlichen und den hitlerschen Schreibern ebenfalls als Kriegshetzer bezeichnet worden sind. Daß aber ausgerechnet Angehörige kleiner Nationen Mißtrauen säen gegen das Amerika, auf das in der Vergangenheit alle Freiheitsliebenden mit Hoffnung geblickt haben, das sollte niemand hinnehmen, der noch etwas von historischer Dankbarkeit in sich trägt. Es ist natürlich leicht, Roosevelt auf Kosten der heutigen amerikanischen Politiker in den Himmel zu erheben und zu behaupten, daß er ganz anders handeln würde, wenn er noch lebte. Wenn er wirklich je der Anwalt eines auf dem Recht und der Freiheit aller Nationen beruhenden Friedens war, dann darf man ihm auch heute kein Zurückweichen vor der brutalen Gewalt zutrauen. Roosevelt ist groß gewesen in der Vertretung der amerikanischen Ideale. Er hat aber auch Fehler begangen. Er hat – unter dem Druck des Krieges – die Dämonie der russischen

Diktatur verkannt und seine Ziele zuwenig dagegen gesichert. Unter den Folgen dieser Fehler haben die heutigen Führer der amerikanischen Politik zu leiden. Diese Fehler waren mitschuldig, daß die russischen Diktatoren die kollektive Sicherheit sabotieren und durch ihre rein imperialistischen Sicherungsmethoden ersetzen konnten. Die Amerikaner und Engländer haben erkannt, daß es nicht so weitergehen kann, und darum werden sie nun als Kriegstreiber hingestellt. Wir unserteils idealisieren sie nicht; wir bestreiten nicht die Fehler, die sie zum Beispiel im besetzten Deutschland oder in der Palästinalpolitik gemacht haben mögen; aber sie waren doch die Befreier der unterdrückten Völker, während das, was von Osten kam, sich ziemlich rasch nicht als Befreiung, sondern als neuer schwerer Druck, ja als die Wiederholung der Naziknechtschaft erwies.

Sicher denken die Amerikaner «kapitalistisch»; aber es ist fraglich, ob man ihnen gerade jetzt, wo sie mit ihrem Wirtschaftssystem immerhin in der Lage sind, die Welt aus Hunger und Elend zu retten, das Wort «Kapitalist» in dem Sinne an den Kopf schmeißen soll, wie wenn es mit dem Begriff «Verbrecher» identisch wäre. Vielleicht ist gegenwärtig in dem, was die Amerikaner mit dem Kapitalismus meinen, doch weit weniger das Moment der Ausbeutung, als das der freien Entfaltung der Produktivkräfte wirksam. Im übrigen haben wir nichts gegen die schonungslose Aufdeckung von Ausbeutungspraktiken und Kolonialgreueln. Aber man verschone uns mit dem Loblied auf «sozialistische» Experimente, die mit dem Hungertod von Millionen – von russischen Bauern zum Beispiel – verbunden waren und deren Resultat eine schlecht funktionierende Wirtschaft mit Taylorsystem, Frauenarbeit und Zwangsarbeit ist. Aber es geht wohl schließlich in einem: Wenn man die Amerikaner als verbrecherische Kriegshetzer beschimpft, weil sie vor weiteren Vergewaltigungen Wehrloser nicht mehr zurückzuweichen gewillt sind, dann kann man sie auch gerade noch der niederträchtigen Ausbeuterei bezichtigen, weil sie ihre Dollar- und Warenlieferungen an die verelendeten Völker Europas senden. – –

2. Es ist gut, daß es im Westen noch eine Pressefreiheit gibt, sonst würden uns keine Zitate aus «New Statesman» und «Nation» und von Zilliacus und Henry Wallace mehr zur Verfügung stehen. Sie sind uns wertvoll, aber sie haben schon seit längerer Zeit aufgehört, für uns Orakel zu sein. Denn es ist ein allzu stereotypes Schema, nach welchem zum Beispiel die ersterwähnten beiden Presseorgane die Dinge behandeln – und die Ereignisse haben ihnen kaum recht gegeben. Von Henry Wallace haben auch wir die beste Meinung und halten sie in bezug auf seinen Charakter immer noch fest, aber gegen die Erkenntnis der russischen Dinge hat er sich einfach abgesperrt; er *will* sie nicht sehen, er lehnt es ab, sich darüber richtig zu orientieren. Daß er auf dem Standpunkt steht, als Amerikaner habe er nicht in erster Linie an der russischen, sondern an der amerikanischen Politik Kritik

zu üben, ist ehrenwert; aber wenn er von den russischen Dingen keine reale Kenntnis hat, dann muß er natürlich das amerikanische Mißtrauen und die Abwehrmaßnahmen seiner Regierung als verantwortungsloses Spiel mit dem Feuer auffassen. Man möchte ihn einmal einem Wyschinsky gegenüberstellen, an dessen Händen, wie Benedikt Kautsky kürzlich schrieb, das Blut von Millionen klebt, das Blut Unschuldiger natürlich. Mit diesem Herrn haben die Byrnes, Bevin und Marshall in der UNO verhandeln müssen. Es wäre für Henry Wallace gut gewesen, wenn *er* einmal dem Geist der Sowjetmachthaber hätte gegenüberstehen müssen.

Was aber den andern Kronzeugen, Crossman, betrifft, fällt uns nur auf, daß die Umschau seinen Ausspruch von dem «ruhigen, kalten Terror», der in der Tschechoslowakei herrsche, zu zitieren vergaß. Und wenn Crossman darauf hinweist, daß die Tschechoslowakei sich deshalb an Rußland anlehne, weil es von der Furcht vor einer Wiedererhebung Deutschlands beherrscht sei, so wäre auch an den Hauptgrund für diese Furcht zu erinnern gewesen, nämlich an die Greuel, die mit der Austreibung der Sudetendeutschen verbunden waren. Gerade aber für diese furchtbare Maßnahme haben die Tschechen Anlehnung an Rußland gesucht und gefunden, während sie bei den Westmächten auf Bedenken stießen. Warum berichtet die Umschau nichts von dem, was jetzt in der Tschechoslowakei geht: von den Menschenjagden im Grenzgebiet, von der Jagd auf Flüchtlinge, um nur diese eine Erscheinungsform des Terrors zu nennen? Warum wird die Aufmerksamkeit immer wieder von diesen Dingen abgelenkt und der Leser mit Mißtrauen gegen die erfüllt, deren Existenz bisher immer noch eine der wesentlichsten Garantien der Freiheit war?

3. Ein Wort noch über Jan Masaryks Tod: Die unqualifizierbare Bemerkung, die die Umschau über diese Sache macht, zwingt uns dazu. Wir können dem von Monica Felton im «New Statesman» wiedergegebenen Bericht des Dr. Kavan glauben, wonach Jan Masaryk sich wenige Stunden vor seinem Tod zu dem Prager Staatsstreich positiv geäußert habe. Aber womit hat nun Masaryk die Wahrheit verkündet: mit seinen Worten oder mit seiner Tat, das heißt mit seinem Sprung in die Tiefe? Hat er vielleicht nicht gerade deshalb diese Tat getan, weil er vorher so geredet hatte, wie er geredet hat? Es mag sein, daß dieser Entschluß zum Selbstmord jäh über ihn kam aus einem psychischen Abgrund, den wir nicht durchleuchten können. Aber war in dieser halbbewußten Tiefe seiner Seele nicht viel mehr Wahrheit als in den gewundenen Gedankengängen, mit denen er sich seine Anerkennung der Regierung Gottwald zurechtlegte und sich selbst etwas einredete von «Volkswillen» und «ausländischen Feinden». Dieser Tod des Sohnes des großen religiösen Sozialisten Thomas G. Masaryk behält eine erschütternde symbolische Kraft, die uns von niemandem ausgeredet werden kann.

4. Daß die Wahlen in Italien in fiebriger Erregung vor sich gehen, kann niemanden erstaunen, und daß – auf beiden Seiten! – die Propaganda mehr auf Betäubung als auf eigentliche Aufklärung und Überzeugung ausging, das entspricht unserer Zeit. Es mußte einem angesichts des Eifers, den die Kirche in der Wahlpropaganda entwickelte, wirklich der Gedanke aufsteigen: Wenn die Kirche seinerzeit gegen den Faschismus und seine zutiefst gottlosen Fundamente auch nur einen Teil dieser Leidenschaft aufgebracht hätte, dann wäre das italienische Volk damals nicht eine Herde gewesen, die von den Hirten den Wölfen preisgegeben wurde. Ob in der Kirche heute – das wäre ja nach dem vorangegangenen Erlebnis der faschistischen Diktatur denkbar – wirkliche Leidenschaft für Recht und Menschenwürde aufgewacht ist, oder ob sie nur wieder ihre kirchenpolitischen Belange verteidigt, das ist die weittragende Frage, die an sie gestellt ist. Aber sicher ist, daß ein großer Teil des italienischen Volkes deutlich spürt, daß das, was ihnen vom «Kommunismus» her droht, dem, worunter sie fünfundzwanzig Jahre lang geschmachtet haben, verzweifelt ähnlich sieht: wieder Angst, wieder Denunziation, wieder Terror, wieder Propaganda, wieder Götzenfragen auf den Mauern. Darum ist ihnen der Entscheidungscharakter ihres Wahlkampfes bewußt.

Aber man verwische nun doch nicht alle Begriffe und rede von «Diktatur» und «totalitären Methoden». Nirgends sind Herr Togliatti und sein Mitarbeiterstab an der Propaganda gehindert worden. Und wenn Gewalttätigkeiten vorgekommen sind, so geschah es von beiden Seiten. Die Leute, deren Sehnsucht und Ziel die sofortige Beseitigung der Demokratie ist, haben bei diesen Wahlen von ihren demokratischen Rechten freiesten Gebrauch machen können. Sicher gibt es auch in demokratischen Ländern niederträchtigen Druck, der das Wort Freiheit für viele zur Farce macht; aber was für eine Heuchelei ist es, wenn diese Dinge nur angeprangert werden, um dadurch die Systeme *absoluter* Knechtung vor der Verurteilung zu schützen.

Nahezu komisch mutet uns auch immer die Entrüstung darüber an, daß die Amerikaner ihre Hilfeleistungen an politische Bedingungen knüpfen. Es wäre auch nach unserer Meinung weder sehr menschlich noch sehr christlich, wenn sie durch unbesehene Hilfe denen Mittel zufließen ließen, die die Freiheit und die Menschenrechte vernichten und den Friedenaufbau sabotieren. Das ist ja das Furchtbare, daß der Mensch nicht mehr einfach zum Menschen kommen kann, um ihm zu helfen; er sieht die abgezehrte ausgestreckte rechte Hand, und sein Herz drängt ihn, sie zu füllen, aber in dem Moment, wo er seine Gabe darreichen will, schiebt eine brutale Macht den Elenden weg und greift gierig nach dem Gut. Darum kann gerade die Bedingung einer demokratischen Ordnung ein Stück des großen Kampfes sein, der heute im Zentrum steht: des Kampfes um den Menschen für den Menschen.

Paul Trautvetter.